



"Für V olksparteien wird es schwer"

CSU-Fraktionschef Josef Schmid über Tunnels, Steuern und die OB-Wahl 2014

SZ: Für die CSU war 2009, was die zwei Wahlen betrifft, kein gutes Jahr. Wie hat es sich auf die CSU-Stadtratsfraktion ausgewirkt, dass die Verluste bei der Europa- und der Bundestagswahl auch in München hoch waren?

Schmid: Die Kollegen und ich haben die Einbußen als schmerzlich empfunden, denn jeder ist auch an der Basis aktiv und hat einen hohen Einsatz gebracht. Solche Ergebnisse lassen niemanden unberührt. Mir ist aber schon seit längerem klar, dass es für die großen Volksparteien immer schwerer wird, ihren Stimmenanteil zu halten. Dieser Trend geht auch an der CSU nicht spurlos vorüber.

SZ: Lässt sich etwas dagegen tun?

Schmid: Man muss alles tun, um möglichst viele Wähler zu gewinnen, ohne aus den Augen zu verlieren, dass sich das Spektrum immer mehr auffächert, dass viele Wähler ihren engen Interessenkreis stärker berücksichtigt sehen wollen. Eine Volkspartei, die für möglichst viele da sein muss, tut sich da schwer. Das Ergebnis der Bundestagswahl, wo wir 32,1 Prozent erreichten, die SPD aber nur 19,3 Prozent, FDP und Grüne bei je 17,5 Prozent lagen, finde ich sehr interessant. Man kann es zwar nicht direkt auf eine Kommunalwahl übertragen, aber folgendes Gedankenspiel ergibt sich von selbst: Die CSU könnte mit jedem regieren, aber zwei andere Parteien ohne die CSU nicht. Findet eine Wahl ohne Christian Ude statt, rutscht die SPD unter 20 Prozent, das ist auch ein Fingerzeig. Wir haben also 2014 alle Chancen, vor allem dann, wenn wir die Wähler aus der Mitte für uns gewinnen.

SZ: Ist also nur der populäre Oberbürgermeister schuld daran, dass die CSU bei Kommunalwahlen stets schlechter abschneidet als auf Landes- oder Bundesebene?

Schmid: Allein sicher nicht. Aber ein Amtsinhaber zieht stets viele Stimmen auch für die Partei und macht es für einen Herausforderer schwer. Und man darf nicht vergessen, dass die Münchner CSU vor fünf Jahren ein ganz anderes Bild abgegeben hat als heute, dieser Zustand war also auch hausgemacht. Heute aber haben wir mit den Skandalen aufgeräumt, jetzt betreiben wir wieder Sachpolitik.

SZ: Wenn Union und FDP, die in Berlin regieren, herbe Einschnitte auch für die Städte planen, wird die SPD im Rathaus künftig mit dem Finger auf die CSU zeigen.

Schmid: Die SPD hat das früher schon gemacht. So wie auch der Oberbürgermeister, der kommunalfeindliche Entscheidung der Bundes-SPD in deren Regierungsverantwortung kritisierte, nehmen wir für uns ebenfalls in Anspruch, solche Entscheidungen der Bundesregierung zu kritisieren.

SZ: Was halten Sie also vom Vorhaben der Bundesregierung, die Gewerbesteuer auf den

Prüfstand zu stellen mit dem Ziel, sie durch etwas anderes zu ersetzen?

Schmid: Das stimmt nicht ganz. Es sollen die gesamten Kommunal финанzen überprüft werden, und das finde ich richtig. Die Kommunen finanzieren sich ja nicht nur durch die Gewerbesteuer, sondern leisten auch Dinge, die der Bund ihnen nur unzureichend ersetzt . . .

SZ: . . . etwa bei den Kosten für Unterkunft und Heizung von Hartz-IV-Empfängern . . .

Schmid: . . . zum Beispiel. Eine richtige Reform müsste für eine ordentliche Finanzierung sorgen, sobald eine Ebene der anderen eine Aufgabe zuweist. Einen Ersatz für die Gewerbesteuer sehe ich derzeit jedoch nicht. Obwohl deren letzte Reform auch von meiner Partei mitbeschlossen wurde, weise ich aber auf ein Problem hin. Es werden nicht nur Gewinne besteuert, sondern auch Mieten und Pachten werden bei der Bemessung hinzugerechnet. Das ist so, als müsste ein Mieter auf seine Miete Steuern zahlen, obwohl er gerade arbeitslos ist. Dieser ertragsunabhängige Faktor bei der Gewerbesteuer ist systemfeindlich und vernichtet Arbeitsplätze.

SZ: Auch der Freistaat wird sparen müssen, nach dem Desaster mit der Landesbank. Der Freistaat wird der Stadt weiterhin das Geld vorenthalten, das ihr für die Bezahlung ihres pädagogischen Personals eigentlich zusteht.

Schmid: Das Fiasko rund um die Landesbank ist schlimm, da gibt es keinen Zweifel. Was die Schulen betrifft, kann die Stadt nicht erwarten, dass dieses System von einem Tag auf den anderen umgekrempelt wird. Die Stadt wollte ihre eigenen Schulen, die auch segensreich waren, ich denke nur an die Mädchenschulen. Wenn die Stadt aber nun die volle Bezahlung der Lehrer durch den Freistaat verlangt, müsste sie die Hoheit über diese Schulen abgeben.

SZ: Die Stadt will mit ihren Schulen ja nur so gut behandelt werden wie die Privatschulen.

Schmid: Das kann man nicht direkt vergleichen, und eine Stadt ist ja kein Privatier, sondern ein staatliches Gebilde.

SZ: Wie werden Sie sich stellen, wenn es in der Stadt ans Sparen geht?

Schmid: Die Wähler haben uns Verantwortung übertragen, dem wollen wir uns stellen. Der Haushaltssperre im Frühjahr haben wir zum Beispiel zugestimmt und auch dem Mehrjahresinvestitionsprogramm, weil es die Krise bekämpft. Allerdings hat Rot-Grün unsere konkreten Vorschläge bislang nie ernsthaft geprüft. Wir werden aber weiter sagen, was unserer Meinung nach getan werden müsste.

SZ: Wo wollen Sie denn sparen?

Schmid: Zum Beispiel bei der internen Struktur der Verwaltung, bei der Verwaltungsreform, gibt es viele Möglichkeiten zum Sparen. Man muss sich nur mal anschauen, wie viele Ressourcen draufgehen bei der Einführung des produktorientierten Haushalts, oder aber bei der EDV-Ausstattung. Ich finde auch, dass die Umstellung von Microsoft auf Linux viel mehr Geld

kostet als veranschlagt. Da werden derart gut dotierte Beraterverträge vergeben, dass sich jeder fragt, ob er nicht den falschen Beruf ergriffen hat und lieber Programmierer geworden wäre.

SZ: Halten Sie Ihre Forderung, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer zu reduzieren, noch aufrecht?

Schmid: Einen aktuellen Antrag von uns dazu gibt es nicht. Wir sollten jetzt andere Schwerpunkte setzen, etwa die Reform der schon erwähnten ertragsunabhängigen Faktoren angehen, damit nur noch Gewerbesteuer zahlt, wer auch Gewinne erzielt.

SZ: Die München-CSU hegt plötzlich Zweifel am zweiten S-Bahn-Tunnel durch die Innenstadt. Befürchten Sie nicht, dass plötzlich kein Geld mehr da sein wird für die dringend notwendige zweite Stammstrecke?

Schmid: Es geht um eine weitreichende Entscheidung. Nehmen wir die Stammstrecke und die Ost-Anbindung des Flughafens, dann ist von drei Milliarden Euro die Rede. Billiger wird's nicht, eher teurer. Wir müssen jetzt eine Entscheidung für die nächsten 30 Jahre treffen. Es wäre fahrlässig, wie die SPD zu handeln, die sich am Planungsstand von 2001 orientierte und keine neuen Gutachten wollte, obwohl die Strecke seitdem stark abgeändert wurde und vom Zehn-Minuten-Takt nicht mehr die Rede ist, sondern von 15 Minuten. Wir treffen unsere Entscheidung erst dann, wenn alle Fakten vorliegen. Man sollte auch nicht vergessen, dass die Stadt zwar eine Stellungnahme abgibt, dass aber die maßgebliche Entscheidung im Landtag fällt, voraussichtlich nicht vor Februar 2010.

SZ: Sie gelten als der geborene Kandidat Ihrer Partei für die OB-Wahl 2014. Wann wird fixiert, dass Sie antreten?

Schmid: Das entscheidet die Basis der Partei zum gegebenen Zeitpunkt. Entscheidend ist, dass der Kandidat von der breiten Mehrheit der Partei getragen wird. Fakt ist, dass unsere Strategie bei der Kommunalwahl 2008 mittelfristiger Natur war. Die Chancen, das Amt des Oberbürgermeisters zu erobern, waren damals geringer, aber 2014, wenn der Amtsinhaber aus Altersgründen nicht mehr antritt, werden die Chancen deutlich höher sein. Vor allem dann, wenn die CSU jemanden präsentiert, der bekannt ist und glaubwürdig für die kommunalpolitische Kompetenz der CSU steht.

SZ: Die SPD will den Zeitplan für ihre Kandidatenkür 2010 festlegen. Wie geht die CSU vor?

Schmid: Es gibt keine Veranlassung für eine so frühzeitige Festlegung, zumal die Nominierung so früh aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich wäre. Ich halte derzeit das höchste kommunale Spitzenamt, das die CSU zu vergeben hat, und werde mich bemühen, es mit vollem Einsatz auszufüllen. Ich will in dieser Spitzenposition meinen Beitrag dazu leisten, dass wir in München wieder regieren. Einfach wird das nicht, der CSU ist das in der Nachkriegszeit erst ein Mal gelungen. Ich nehme keinen Kandidaten der SPD auf die leichte Schulter, aber 2014 haben wir eine Chance, die so gut ist wie schon lange nicht mehr.

SZ: Welcher SPD-Kandidat wäre Ihnen denn am liebsten?

Schmid: Ich sehe bei allen, die bisher diskutiert werden, durchaus Stärken.

SZ: Wen erwarten Sie denn?

Schmid: Ich tippe weder auf Fußballspiele noch Wahlergebnisse. Das soll die SPD unter sich ausmachen.

SZ: Wenn Sie aber den Namen Ihres Lieblings-Gegenkandidaten nennen, könnten Sie den schon mal ausschalten.

Schmid: Das wäre möglich, aber ich verzichte. Ich halte niemanden für so gefährlich, dass ich ihm aus dem Weg gehen müsste. Für mich zählt nur, dass unser Kurs stimmt.

Interview: Jan Bielicki, Berthold Neff

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)
Nr.299, Dienstag, den 29. Dezember 2009 , Seite 43

Fenster schließen 